



DPoIG Niedersachsen fordert Vorbeugung gegen Burn-out-Symptome

Polizisten in sozialen Brennpunkten wirksam helfen

Die Deutsche Polizeigewerkschaft Niedersachsen fordert eine intensive Auseinandersetzung mit der Studie zu Burn-out-Symptomen durch Polizeiarbeit. Das in Köln vorgestellte Papier kommt zu dem Schluss, dass längerfristige Arbeit in sozialen Brennpunkten bei bis zu 16 % der Beschäftigten zu Erschöpfungszuständen und dem Gefühl des „Ausgebranntseins“ führen. Dieses Ergebnis, das zuvor schon für andere soziale Berufe wie Ärzte, Rettungssanitäter und Erzieher bestätigt wurde, ist nun erstmals wissenschaftlich für die Polizei untersucht worden.

Dabei besteht laut Aussage der Studie die Gefahr, dass Professionalität und Freude an der Arbeit in Aggressivität umschlagen.

Auch für Niedersachsen hat die Deutsche Polizeigewerkschaft schon öfter auf die Gefahren von Arbeitsüberlastung und mangelnder Anerkennung der Polizeiarbeit hingewiesen. Kolleginnen und Kollegen werden immer öfter Beschimpfungen und Beleidigungen ausgesetzt, dazu kommen Personal- und Ausstattungsmängel. Diese werden zwar offiziell mit der desolaten Finanzsituation des Landes begründet, von den Betroffenen werden die Ablehnungen ihrer berechtigten Forderungen jedoch zunehmend als Geringschätzung ihrer Arbeitsleistung empfunden.

Notwendig ist jetzt eine Analyse der Dienststellen in Niedersachsen, bei denen ähnliche Strukturen wie in der Kölner Studie zu finden sind, um dann effiziente Vorbeugemaßnahmen ergreifen zu können. „Supervisionen für besonders belastete Dienstzweige sind dazu dringend erforderlich“ so Dirk Hallmann, Landesvorsitzender der Deutschen Polizeigewerkschaft. „Dieses Instrument hat sich auch in anderen exponierten Bereichen als hilfreich erwiesen und sollte, neben der schon vorhandenen Betreuung durch unseren Sozialwissenschaftlichen Dienst, umgehend angeboten werden.“ Auch könne eine Austausch der Beamtinnen und Beamten in besonders belastenden Arbeitsfeldern hilfreich sein, um Burn-out-Symptomen entgegenzuwirken.

Eine Handlungsnotwendigkeit dazu ergibt sich nicht nur aus Fürsorgegründen für die Betroffenen oder als Maßnahme zur Leistungssteigerung, sie kommt letztlich jedem Bürger, jeder Bürgerin zugute, die die Hilfe der Polizei benötigt.

Kirsten Lühmann
Stellvertretende Landesvorsitzende